

Laibacher Zeitung.

Nr. 281.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 6.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Freitag, 6. Dezember

Insertionsgebühr bis 30 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl., sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 50 kr.

1872.

Ämtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 2. Dezember d. J. dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses des Reichsrathes Franz Ritter v. Hopfen in Anerkennung seines verdienstlichen und patriotischen Wirkens das Commandeurekreuz des Leopold-Ordens mit Nachsicht der Taxen allergnädigst zu verleihen geruht.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit den betheiligten anderen k. k. Ministerien den Herren Nikolaus Wang, Dr. Wilhelm Wintermich, Michael Krusch, Goswin Grafen Seldern und Dr. Joseph Freiherrn von Seiller die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma „Oesterreichische Sanitätsgesellschaft“ mit dem Sitze in Wien erteilt und deren Statuten genehmigt.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit den betheiligten anderen k. k. Ministerien den Herren J. R. Ziegler, dann Adolf Paul, Anton und Hanns Ziegler die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma „Oesterreichische Spiegel- und Glasfabrik-Actiengesellschaft“ mit dem Sitze in Wien erteilt und deren Statuten genehmigt.

Der Finanzminister hat die Wardein- und Vorstandsstelle bei dem kaiserlichen Panzerungsamt dem Wardein und Vorsteher des kaiserlichen Panzerungsamtes Joseph Ullrich und die Bedurch bei dem Panzerungsamt in Linz erledigte Wardein- und Vorstandsstelle dem Contorlor daselbst Karl v. Hornberg verliehen.

Der Justizminister hat den Auscultanten Johann Bencaß zum Bezirksgerichts-Adjuncten in Gottschee ernannt.

Am 4. Dezember 1872 wurden in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das LX. Stück des Reichsgesetzblattes ausgegeben und verendet.

Dasselbe enthält unter
Nr. 165 die Verordnung des Justizministeriums vom 27. November 1872, betreffend die Wiedererrichtung des Bezirksgerichtes Golling in Salzburg;
Nr. 166 die Verordnung der Ministerien der Finanzen und des Handels vom 29. November 1872, betreffend die Ermächtigung der Finanzpostämter in Wien, dann mehrerer Postämter in der Umgebung Wiens zur Abfertigung von Postsendungen im Gewichte von mehr als 5 Pfund in das Ausland ohne Intervention von Gefälloorganen.
(W. Ztg. Nr. 278 vom 4. Dezember.)

Nichtämlicher Theil.

Vom Tage.

Inbetreff der Wahlreform-Gesetzesvorlage bringt die „Bohemia“ eine Mittheilung, wonach die Regierung rücksichtlich der bevorstehenden Conferenzen mit hervorragenden Abgeordneten die bestimmte Absicht haben soll, den etwa zum Ausdruck gelangenden Wünschen oder Bedenken der Partei, so weit dadurch die leitenden Prinzipien der Vorlage nicht alteriert werden, nach Möglichkeit Rechnung zu tragen. „Man werde nicht ein“, meint das genannte Blatt, „daß die Krone die Ermächtigung nur zur Einbringung gerade dieser Vorlage gegeben. Jede Regierungsvorlage ist modificirungsfähig, auch wenn sie bereits im Reichsrath eingebracht worden; was sollte also im Wege sein, eine Vorlage zu modificieren, die dem Reichsrath noch gar nicht zugegangen ist? Nun, wir müssen gestehen, daß wir den Zweck jener Conferenzen nicht recht begriffen hätten, wenn etwa das Wahlreformproject als ein Noli tangere angesehen würde.“

Ueber das Resultat des jüngsten Minister-Räthes berichtet ein wiener Correspondent des „Vester Lloyd“ unterm 1. d. folgendes: „Heute stimmen bereits sämtliche Organe darin überein, daß das Resultat des jüngsten unter dem Vorsitze des Kaisers abgehaltenen Ministerrathes als ein für die künftige constitutionelle Entwicklung ebenso beruhigendes als hoffnungsvolles bezeichnet werden könne. Auch jene Organe, welche bis gestern in einem forcierten Pessimismus verharren zu müssen glaubten, streichen heute die Segel und sind aufrichtig genug, ihren eigenen Meldungen, trogdem sie unter besonderer Aelame für dieselben lanciert wurden, jede Glaubwürdigkeit zu bestreiten. Andere Blätter sind weniger gewissenhaft und bringen jeden Moment neue

Details, über deren Werth sie sich keiner Täuschung hingeben und die nur gebracht werden, um dem publicistischen Tagesbedürfnisse zu genügen. Irgendwie authentisches über die Beschlüsse des Conzeils liegt gar nicht vor und ist auch vor der Eröffnung des Reichsrathes nicht zu gewärtigen. Bis dahin sind es nur wenige Tage, und wird sich die öffentliche Meinung bis zu diesem Zeitpunkte bescheiden müssen, einmal der allgemeinen Versicherung, daß die Situation sich aufs günstigste gestalten, aufs Wort zu glauben, bis ihr die Belege durch die factische Einbringung der sehnlichst erwarteten Vorlagen geboten sein werden.“

zum Ministerwechsel in Ungarn.

Das ungarische Amtsblatt veröffentlicht folgendes Communiqué: „Se. kaiserliche und apostolische königliche Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 1. d. die amtliche Demission des königlich ungarischen Gesamtministeriums allergnädigst anzunehmen und zugleich anzuordnen geruht, daß die einzelnen Minister bis zur Ernennung ihrer Nachfolger ihre bisherige Amtstätigkeit fortzusetzen haben.“

Die Berufung Sr. Excellenz des ungarischen Handelsministers Joseph v. Szlavy zur Bildung eines neuen Cabinets wird von der wiener Presse in der wärmsten Weise begrüßt. Die Art und Weise, wie der Wechsel im ungarischen Ministerpräsidium vollzogen wurde, wird vor allem als geeignet bezeichnet, überall in allen Theilen der Monarchie Vertrauen und Befriedigung zu erwecken.

Die „Neue freie Presse“ erkennt in der Wahl des neuen Ministerpräsidenten einen leuchtenden Beweis der constitutionellen Gesinnung des Monarchen. Auf die Person Szlavy's selbst übergehend, kennzeichnet das genannte Blatt denselben als einen Mann, vor dessen Lauterkeit des Charakters die Opposition sich beuge und dem die Deapartei mit Recht ihre Sympathien zuwenden.

Die „Presse“ hebt hervor, daß Verlauf und Abschluß der Ministerkrisis in Pest abermals ein sprechendes Zeugnis des hohen constitutionellen Sinnes des Monarchen ablegen, und ist der Zuversicht, daß die jüngste Entwicklung allenthalben in den Kreisen der Verfassungspartei das Gefühl des Vertrauens und der Befriedigung hervorrufen werde.

Die „Tagespresse“ erkennt in der Berufung Szlavy's ein Symptom, daß die organisatorischen Arbeiten in Ungarn in demselben Geiste, in welchem sie begonnen wurden, fortgeführt werden würden, und das „Fremdenblatt“ glaubt, daß die Deapartei alle Ursache habe, sich zu der Wahl Szlavy's Glück zu wünschen.

Das „Neue Fremdenblatt“ hebt gleichfalls den streng parlamentarischen Verlauf der ungarischen Ministerkrisis hervor, und das „W. Tagblatt“ meint, daß der neue Ministerpräsident der die parlamentarischen Schranken bisweilen überspringenden Opposition im ungarischen Reichstage Mäßigung auferlegen werde.

Der „P. Lloyd“ äußert sich unter anderem: „Das neue Cabinet wird, so weit es sich um politische Prinzipien handelt, ganz genau die bisherige Richtung einhalten, und nur die Art des Vorgehens wird allenfalls eine andere sein. Unter solchen Umständen kann doch wohl selbst der besangene Beurtheiler nicht behaupten, daß die Deapartei durch den gegenwärtigen Ministerwechsel an ihrem Prestige auch nur die geringste Einbuße erlitten, daß sie der Opposition auch nur die geringste Concession gemacht hätte. Es war lediglich ein häuslicher Streit zwischen dem Grafen Konyah und den Mitgliedern seines Ministeriums, der sich allerdings bis in die Partei hinein fortzupflanzen drohte, der daher vor Eintritt dieser Calamität entschieden werden mußte und auch in der That dadurch entschieden worden ist, daß die Krone sich gegen den Grafen Konyah und für die übrigen Minister erklärte, indem sie den Rücktritt des ersteren genehmigte, den neuen Regierungschef aber aus der Mitte der letzteren wählte. Die beiderseitige Stellung der zwei großen Reichsthegepartei ist dabei gar nicht in Frage gekommen, und Herr v. Szlavy ist von der Krone an die Spitze der neuen Regierung gestellt worden, ohne daß ein Programm ihm abverlangt oder ihm vorgelegt worden wäre, was wohl zur Genüge beweist, daß bei den Veränderungen in den höchsten Regierungssphären nicht so sehr politische, als persönliche Gründe maßgebend waren, die allerdings, wenn man die Differenzen ungehindert hätte fortwuchern lassen, mit der Zeit auch zu sehr bedauerlichen politischen Consequenzen hätten führen können.

Wenn also der Ministerwechsel für die Partei als solche überhaupt eine Bedeutung hat, so kann er nicht ihre Schwächung, sondern nur eine Stärkung, die Erhöhung ihrer inneren Festigkeit bedeuten.“

Der wiener Correspondent des „P. L.“ schreibt: „Die einzelnen Phasen der ungarischen Ministerkrisis werden hier mit nicht geringer Spannung verfolgt, obgleich man vom constitutionellen Standpunkte auch nicht einen Moment über den Ausgang derselben beunruhigt ist. Selbst in diesem Falle tritt die constitutionelle Consolidierung, wie sie Ungarn bereits errungen, greifbar in den Vordergrund. Während hier selbst beim festen Bestande des verfassungstreuen Regimes die Feudalen und ihre nationalen Alliierten mit geradezu empfindlicher Zuversicht für sich die Staatsleitung reclamieren zu können glauben, und beim leisesten Luftzuge selbst die Verfassungstreuen ängstlich die Köpfe zusammenstecken, vollzieht sich in Ungarn der Rücktritt des Cabinets in Formen, die auch nicht einen Moment sich vom constitutionellen Standpunkte entfernen und die von vorne herein jede reactionäre Aspiration als geradezu unmöglich erscheinen lassen. Aus dieser Festigkeit des constitutionellen Regimes jenseits der Leitha schöpft man auch hier für das endliche Gelingen der Consolidierung unserer Verhältnisse im Zusammenhange mit der Regierungsaction große Zuversicht. Würde man in Ungarn der Reaction selbst in ihrer unscheinbarsten Form Terrain gönnen, die Verfassung unserer Reichshälfte wäre nur zu bald ein Spielball in den Händen jener Coterien, die heute ihre Verhöhnung der bestehenden constitutionellen Einrichtungen soweit treiben, daß sie selbst vor blühenden Insulten gegen dieselben, nach Art der soeben im böhmischen Landtage in Szene gesetzten, nicht zurückschrecken.“

Zur Action der Landtage.

(3. Dezember.)

Niederösterreich. Abg. Dr. Gistra beantragt in langer Rede eine Resolution, betreffend die Ausweisung des Jesuitenordens aus Oesterreich. (Wurde angenommen.)

Oberösterreich. Der Landeshauptmann theilt mit, daß der Schluß der Landtagssession Ende dieser Woche erfolgt. Das Gesetz betreffend die Vereinigung der Gemeinden Lustenau und Waldegg mit Linz wird angenommen und der Stadt St. P. die Bewilligung erteilt, ein verzinsliches Darlehen von 200.000 fl. für den Bau von Zinshäusern und eines neuen Schulgebäudes aufzunehmen. In der Abend Sitzung wurde das Gesetz über die Vereinigung der Orts- und Bezirksräthe in Linz und Steyer angenommen. — In den Reichsrath wurden Eduard v. Pland und Mannhart mit 29 Stimmen gewählt; 10 abgegebene Stimmen zettel waren unbezrieben.

Salzburg. Die Regierungsvorlage betreffend die Gehaltserhöhung für Volksschullehrer, dann der Gesetzentwurf bezüglich der Beitragsleistungen der aus anderen Ländern übertretenden Lehrer wurde angenommen. Demant Lienhachers Antrag betreffend die Wahrung des confessionellen Charakters der Volksschule wurde abgelehnt.

Böhmen. Eine Petition um Aufhebung des Schulgesetzes und des Schulzwanges für Kinder über 12 Jahre wird der Petitionscommission zugewiesen. Klier und Genossen interpellieren den Statthalter wegen der räumlichen Unzulänglichkeit der prager deutschen Oberrealschule. Sodann folgt der Commissionsbericht über die Erklärung der czechischen Abgeordneten. Berichterstatter Klier tadelt in beifällig aufgenommener Rede die Ausführungen der Erklärung, indem er bemerkt, daß die in derselben enthaltenen Invektiven und Bedrohungen sich selbst richten. Die Achtung vor dem Geseze sei der erste Fundamentalarartikel; wer diese untergräbt, arbeitet nur für die Umsturzpartei. Was die staatsrechtlichen Auseinandersetzungen betreffe, habe der Landtag bereits bei einer früheren Gelegenheit sein Urtheil gefällt. Der Commissionsantrag, daß die betreffenden für angetreten erklärt und es dem Landtagspräsidium überlassen werde, die Regierung hiervon behufs Veranlassung von Neuwahlen in Kenntnis zu setzen, wird angenommen. Der Antrag der Budgetcommission wegen Aufbesserung der Bezüge der Landesbediensteten wird angenommen. Die Commissionsanträge betreffend Reformen in der Verpflegung von Findlingen werden angenommen. Dr. Aschenbrenner motiviert seinen Antrag betreffend die Einrichtung der öffentlichen Bäder.

Der Antrag wird einer Reiner-Commission zur Vorberatung überwiesen. Hierauf folgen Berichte des Petitionsausschusses. Der Antrag der Budgetcommission betreffend die Erhöhung der Verpflegungskosten in den Landes-Asylanstalten wird angenommen.

Mähren. Die Regierung wird interpelliert, in welchem Stadium der Verhandlung sich die Angelegenheit des Baues der Eisenbahnlinien Brünn-Pragisch-Trenschitz und Brünn-Jglaue befindet. Der Statthalter sagt eine demnächstige Beantwortung der Interpellation zu. Der Antrag, den Landesauschuss zu beauftragen, das Project des Donau-Oder-Kanals im Auge zu behalten und dabei die Landesinteressen zu wahren, wurde nach Begründung durch den Antragsteller sofort angenommen. Der Antrag des Schulausschusses, die Angelegenheit betreffend die Schulgeldauhebung vorläufig zu vertagen und den Landesauschuss zu beauftragen, in dieser Richtung noch Erhebungen zu pflegen, wurde angenommen. Der Landtag genehmigte in der Abend Sitzung den Landesvoranschlag für 1873 wesentlich nach den Ziffernansätzen des Finanzausschusses, ermächtigte den Landesauschuss, wegen Errichtung einer deutschen Landes-Oberrealschule mit der Gemeindevertretung von Proßnitz einen Vertrag abzuschließen, und bewilligte die Errichtung einer vierklassigen Landesrealschule in Römerstadt.

Schlesien. Der Landespräsident beantwortet die Interpellation der vier nationalen Abgeordneten wegen Abstellung der Matrizenführung in polnischer Sprache dahin, daß die Regierung ihre Pflicht und Schuldigkeit gethan habe, wenn sie eine ohne ihr Wissen und Willen eingeführte Aenderung abstellte. Das Gesetz betreffend die Erhaltungskosten der Zufahrtsstraßen zu den Eisenbahnen wurde angenommen und weiters einige Angelegenheiten lokalen Interesses verhandelt. In der gestrigen Abend Sitzung wurde das Erfordernis des Landes-Schulfonds mit 57.022 fl. bewilligt und ein Bedeckungszuschlag von 3 Kreuzern per Steuerquadrat genehmigt. Die Stipendien für Lehramtskandidaten wurden von 3000 fl. auf 5000 fl. erhöht, die Subvention für Lehrerbildungsanstalten weiter bewilligt und die Diäten der Landes-Sanitätsmitglieder auf die Landeskosten übernommen. Die Auflassung des Religionsunterrichtes an den drei höchsten Realschulklassen wurde trotz Widerspruch des Landespräsidenten beschlossen.

Galizien. Der Landtag votierte nach neunstündiger Discussion das Volksschulgesetz, wobei die Unentgeltlichkeit des Schulunterrichtes zum Grundsatz genommen wurde. Der Schluß des Landtages erfolgt wahrscheinlich erst Samstag.

Steiermark. In der Landtagsitzung, welcher der Unterrichtsminister Stremayr beiwohnt, verkündet der Statthalter, daß die Landtagsession am 7. Dezember geschlossen wird. Nach mehrstündiger lebhafter Debatte wurde der Antrag des Finanzausschusses, die landwirtschaftlichen Wälder Rohitsch, Neubaus und Tobelbad um 3 Millionen zu verkaufen, mit 39 gegen 17 Stimmen abgelehnt.

Triest. Der Landtag beschloß, das Ministerium telegraphisch zu bitten, sich wegen Aufhebung der Cholera-Contumaz seitens Italiens zu verwenden, und nahm die Regierungsvorlage über Grundtausch und den Gesetzentwurf betreffs Einführung von steigenden Prozentualbeiträgen aus Verlassenschaften zum Vortheile des Schulfonds an.

Kärnten. Abg. Dr. Mitterdorfer und 27 Genossen beantragen die Bildung von politischen Verwaltungsgemeinden im Umfange der jetzigen Bezirksgerichte, um den Ortsgemeinden die politischen und politischen Agenden abzunehmen. Die organisierte Verwaltungsbehörde und der Verwaltungsrath sollen ihren Sitz am

Orte des Bezirksgerichtes haben. Auf der Tagesordnung steht der Bericht des Eisenbahnausschusses betreffend die lavantthaler Bahn. Der Bericht beantragt, diese Bahnlinie als ein anerkannt unabweisbares, dringendes Bedürfnis zu erklären und die Erwartung des Landtages auszusprechen, daß eine diesbezügliche Gesetzesvorlage dem Reichsrathe vorgelegt werde. — Frech weist die außerordentliche Wichtigkeit der projectierten Linie für die kärntnerische Industrie und den internationalen Verkehr nach, weil durch dieselbe die Herstellung eines directen Schienenweges zwischen dem Orient und Nord-Deutschland vermittelt werde. Der Regierungsleiter verspricht unter lebhaftem Beifalle, das Project zu unterstützen. In der Nachmittagsitzung wurde der Gesetzesentwurf betreffend die Einführung der Vermittlungsämter auch in dritter Lesung ohne wesentliche Aenderung angenommen. Die vom Schul- und Finanzausschusse aufgestellten Grundsätze betreffend die Unterstufungen aus Landesmitteln für den Bau und die Erwerbung von Schulhäusern wurden angenommen und der Stadtgemeinde Klagenfurt 7000 fl. zum Bau einer Turnhalle bewilligt.

Zum preussischen Budget pro 1873.

Das Abgeordnetenhaus begann am 3. d. mit der ersten Lesung des Gesetzes über den Staatshaushaltsetat pro 1873. Der Finanzminister betont, daß die jetzige Vorlage einen reiflich erwogenen Steuerplan enthalte, während die vorjährige, vom Landtage abgelehnte Vorlage nur eine rasche Steuererleichterung zur Befriedigung der Wahl- und Schlachtsteuer herbeiführen sollte. Er glaubt, daß der Etat formell den berechtigten Erwartungen der Landesvertretung genüge, ohne die Verwaltung nutzlos mit Arbeiten zu überbürden.

Der Handelsminister weist auf die mit dem Aufschwunge des Handels und der Industrie gleichfalls enorm wachsenden Mehrausgaben für Eisenbahnen, welche nicht immer Ueberschüsse hoffen lassen, sowie auf die Unsicherheit der Bergverwaltungserträge hin und hebt dem Abgeordneten Richter gegenüber hervor, daß der Etat Gehalts erhöhungen für die Eisenbahnbeamten aufweise.

Nachdem der Justizminister auf eine Bemerkung Caspers bezüglich des Gründungswesens kurz entgegnet und hauptsächlich noch für die Vorlage gesprochen, wird der Antrag Richters, den auf das Abgeordnetenhaus bezüglichen Abschnitt des Etats an den Vorstand des Abgeordnetenhauses zur Vorberatung zu verweisen, abgelehnt und der gesammte Etat mit großer Majorität an die Budgetcommission verwiesen.

Das Gesetz in betreff der Provinzialfonds, sowie der Rechenschaftsbericht über die Verwendung der Beihilfen für Reservisten und Landwehrmänner werden nach Wunsch des erkrankten Ministers des Innern von der Tagesordnung abgesetzt.

Folgt sodann die erste Lesung des Gesetzes über die Cautionen der Staatsbeamten, welches an die Justiz-Commission verwiesen wird.

Der Congreß in Washington

trat am 2. d. zusammen. In beiden Häusern sind die Mitglieder sehr zahlreich erschienen. Die Botschaft des Präsidenten Grant an den Congreß dankt für die Erhaltung des Friedens nach innen und außen und für den allgemeinen Wohlstand des Landes, mit alleiniger Ausnahme des Brandes von Boston. Die Botschaft erblickt nirgends eine Ursache, die den Frieden bedroht. Die Differenzen, welche die Beziehungen mit England gefährdeten, sind in der befriedigendsten Weise, entsprechend der amerikanischen Politik, gelöst.

Das Urtheil des deutschen Kaisers in der San-Juan-Frage läßt keinen Schatten auf den freundschaftlichen Beziehungen zurück. Das amerikanische Volk ist von tiefer Erkenntlichkeit gegen den Kaiser durchdrungen, für die mühevolle Arbeit, welcher er sich unterzogen. Die Botschaft dankt auch den drei befreundeten Mächten, welche Schiedsrichter für das Schiedsgericht in Genf ernannten, und hebt die Würde, Geduld, Unparteilichkeit und Geschicklichkeit rühmend hervor, womit die Schiedsrichter ihrer Aufgabe gerecht wurden.

Das Urtheil des deutschen Kaisers befreit die amerikanischen Staaten zum erstenmale in der Geschichte von allen Grenzfragen. Der Präsident bezieht sich, die rasche und freiwillige Räumung von San-Juan durch die englischen Truppen anzuerkennen, und fährt sodann fort: Gegen Frankreich, unseren ältesten Alliierten, gegen Rußland, unseren festen und beständigen Freund, und gegen Deutschland haben Volk und Regierung der Vereinigten Staaten viele Gründe zur Freundschaft; die Beziehungen zu den anderen Mächten sind sehr freundschaftlich.

Die wiener Weltausstellung wird die Civilisation fördern und das gute Einvernehmen der Nationen erhöhen. Die Botschaft hofft, der neue Präsident von Mexico werde die Meinung von seiner Weisheit und seinem Patriotismus bestärken durch seine Verwaltung und Befestigung der Beziehungen mit den Nachbarländern, was unbedingt notwendig ist, auf daß die ungesegneten Kriege, welche die Colonien an der Grenze berühren, unter einer wohlgeordneten Regierung aufhören und die Pacification wie früher wieder fortschreite.

Der Aufstand auf Cuba hat keine Hoffnung auf einen schließlichen Erfolg; gleichwohl gelingt es Spanien nicht, ihn zu unterdrücken. Der Fortbestand der Sklaverei ist ohne Zweifel der Hauptgrund, daß der Conflict sich in die Länge zieht; eine schreckliche Ungerechtigkeit ist eine Ursache schrecklicher Uebel. Der Präsident bedauert, daß die Amerikaner auf Cuba fortfahren Sklaven zu halten.

Politische Uebersicht.

Laibach, 5. Dezember.

Der „Ungarische Lloyd“ meldet: „Freunde des geschiedenen Ministerpräsidenten hielten es für notwendig, daß ihm eine besondere Genugthuung zutheil werde, und traten mit diesem Verlangen auch an Franz Deak heran. Deak hielt dieselbe nicht für opportun. „Eine solche besondere Genugthuung würde ihre Spitze“, sagte er, „entweder gegen die Majorität des Reichstages oder gegen die Minister kehren.“ — Der „Pester Lloyd“ tritt der Auffassung entgegen, als wäre bei der Cabinetsbildung die Deakpartei umgangen worden und als wäre dieselbe unparlamentarisch. Er mahnt davon ab, Zwiespalt innerhalb der Partei zu säen, da es eben die bereuerten Klanten, die ihn heroorufen. — „Der Ungarische Lloyd“ misbilligt die Sprache, welche einige catholische Blätter über Lombard führen. — „Pesti Naplo“ ermahnt den Ministerpräsidenten dahin zu streben, daß fortan das parlamentarische Regierungssystem und eine gute Administration nicht für entgegengesetzte Begriffe gehalten werden.

Ueber die Cabinetsbildung schreibt „Pesti Naplo“: „Das Ministerium Slaty ist noch nicht vollständig gebildet und hat auch der Ministerpräsident den Eid noch nicht abgelegt. Sobald Slaty Sr. Majestät die Unterbreitungen über die Cabinetsbildung gemacht haben wird, werden nach unseren Informationen die kaiserlichen Ernennungsbefehle sofort erlassen werden.“

Seuifleton.

Ritter Plaubart.

Novelle von Albert Reinhold.
(Fortsetzung.)

Lenore zermarterte ihr Gehirn mit allen nur erdenklichen Möglichkeiten und fand keine, die auch nur den geringsten Theil irgend welcher Wahrscheinlichkeit an sich gehabt hätte. Ihr wollten alle Vermuthungen der Geheimrätin und ihrer Bekanntschaft nicht einleuchten, und doch mußte sie immer unwillkürlich wieder darauf zurückkommen, sie mochte wollen oder nicht, die eine Frage blieb immer zu beantworten: Wer war diejenige, welche er gefangen hielt, und wer gab ihm das Recht dazu?

Lenore war eben wiederum auf diesem Punkte ihrer Gedanken angelangt, als plötzlich ein Geräusch in ihrer Nähe sie erschreckt zusammenfahren ließ. Ihr erster Gedanke war an denjenigen gerichtet, welcher eben lebhaft ihre Phantasie beschäftigte, und ein Seufzer der Erleichterung entschlüpfte ihren Lippen, als sie ein helles Gewand durch das lichte Grün der Gebüsche schimmern sah. Eilrig wollte sie sich entfernen, aber die angeborene Neugierde hielt sie zurück. Wer mochte das sein?

Diese Frage war bald genug entschieden. Raum ein Gedanke später, da eilte eine Gestalt daher, Lenore

sah, wie sie sich mit der Behendigkeit einer Katze über den untern Theil des noch stehen gebliebenen Gemäuers des chinesischen Pavillons schwang und dann, ohne Lenore eines Blickes zu würdigen, vielleicht auch ohne dieselbe einmal gesehen zu haben, längs der Tannenhecke entlang glitt und gleich darauf im Parke der Geheimrätin verschwunden war.

Angstvoll blickte sich Lenore um, sie hatte die Gestalt und das schöne, blasser Gesicht erkannt — es war die Unbekannte, die Gefangene des Freiherrn von Werden.

Noch stand Lenore wie betäubt, noch hatte sie nicht einmal den klaren Gedanken erfaßt, was dies zu bedeuten haben könne, da tauchte eine andere Gestalt jenseits des Pavillons auf und das junge Mädchen erschrak beim Anblick dieses todtblaffen, verstörten Gesichtes.

Hastig trat die Gestalt an Lenore heran.
„Um Verzeihung, mein Fräulein, haben Sie hier jemanden gesehen?“

In dem Ton der Stimme lag eine unaussprechliche Angst, und gewiß hätte ihr Lenore nicht widerstanden, wenn nicht gleichzeitig wie böse Dämonen alle die Gerüche, welche man über den jungen Mann verbreitet, an sie herangeraten wären und ihrer lebhaften Phantasie den Rath erteilt hätten, im Interesse der armen Gefangenen Unwissenheit zu erheucheln.

„Mein Fräulein, ich bitte Sie um alles in der Welt, mir sogleich Antwort zu geben“, fuhr der junge Mann angstvoll fort, als Lenore unwillkürlich einen Schritt zurücktrat. „Haben Sie niemanden gesehen?“

„Nein“, sagte Lenore entschlossen, „hier ist niemand vorbeigekommen.“

„Barmherziger Gott!“ murmelte der Freiherr, noch mehr erblassend. „Nicht vorbeigekommen — wie ist das möglich?! Sie muß hier vorbeigekommen sein, ich sah die Dame diesen Weg nehmen, es war mir, als wenn ich sie einen Moment auf der Mauer und dann verschwinden gesehen hätte.“

Lenore zuckte die Achseln. Sie war plötzlich merkwürdig verständlich geworden. Jetzt endlich bot sich ihr eine günstige Gelegenheit, das Geheimnis zu ergründen, und sie war nicht gesonnen, den Vortheil, den sie so plötzlich und unerwartet errungen, so leichten Kaufes aufzugeben. Ueberdies vollführte sie hier ein gutes Werk, sie entriß eine Unglückliche aus den Händen ihres Peinigers und Tyrannen.

„Waren Sie bereits lange hier, gnädiges Fräulein?“ fragte Freiherr von Werden wieder.

Lenore erröthete.
„Etwa einige Minuten“, entgegnete sie dann nach kurzem Besinnen.

„Demnach müßten Sie die Dame dennoch gesehen haben“, entgegnete er in sehr bestimmtem, entschiedenem Tone. „Sie ist hier also nicht vorbeigekommen?“

„Sie haben eine sehr sonderbare Manier, den Inquisitor zu spielen, mein Herr“, sagte Lenore gereizt.

In seinen Zügen ging eine merkwürdige Veränderung vor, das ernste, stille Gesicht wurde plötzlich milde und freundlich.

den, was — wenn keine zufälligen Hindernisse dazwischen treten — schon morgen zu gewärtigen ist. Graf Zichy wurde heute von Fiume erwartet. Die Ernennung des Landesvertheidigungsministers bleibt — wie wir vernahmen — vorläufig in suspenso und wird, bis man über die Person des Landesvertheidigungsministers einig geworden, der Ministerpräsident die Landesvertheidigungsangelegenheiten provisorisch leiten.

Während man vielseitig behauptet, die Reform des preussischen Herrenhauses sei aufgegeben worden, und sich bei Begründung dieser Nachricht besonders darauf stützt, daß der Bairetschub auf 25 Mitglieder herabgesetzt wurde, wird der „Schlesischen Ztg.“ offiziell gemeldet: „Die Forderung, als ob die geringe Zahl der neuen Baire ein Symptom dafür sei, daß man die Reform des Herrenhauses aufgegeben habe, ist aus der Luft gegriffen. Die Reform des Herrenhauses ist bloß bis zu der Zeit verlegt, wo der leitende Staatsmann sich wird daran beteiligen können. Die Frage ist von solcher Wichtigkeit, daß das Staatsministerium die Mitwirkung desselben entschieden wünschen muß, zumal da der Fürst selbst den Wunsch kundgegeben hat, sich an den Schritten zur Herrenhausreform zu beteiligen. Vorläufig hat der Fürst seine Zustimmung dazu gegeben, daß die Zahl der Baire nach dem augenblicklichen Bedürfnis bemessen werde.“

Die Nationalversammlung in Versailles hat am 3. d. alle Kapitel des Budgets des Kriegeministeriums und 49 Kapitel vom Budget des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten angenommen. Die Sitzung verlief ohne jeden Zwischenfall.

In Constantinopel werden fortwährend Ministerveränderungen erwartet. Man versichert, daß Namik Pascha, welcher während der berüchtigten Megeleien im Jahre 1859 Gouverneur von Jedda war, Großvezier werden soll. — In der ägyptischen Justizreformfrage sind die Mächte geneigt, den Civilgerichten das Recht zuzuerkennen, die Ausführung der Urtheile zu sichern. Es wurde der Beschluß gefaßt, eine Commission zu ernennen, die mit der Prüfung der von der ägyptischen Regierung zu gewährenden Garantien zu betrauen ist. Alle Mächte haben bereits ihre Zustimmung zur Ernennung dieser Commission gegeben. Einige derselben haben sogar schon ihre Delegierten für diese Commission ernannt. Die Jurisdictionfrage in Strafsachen wurde in der Schwebe belassen.

Das Repräsentantenhaus in Washington hat eine Commission zur Prüfung der Anschuldigungen wegen Verletzung von Congreßmitgliedern eingesetzt und die Negocierung einer Anleihe in 5proz. Bonds unter den früheren Bedingungen genehmigt.

Tagesneuigkeiten.

— Se. Majestät der Kaiser werden am Montag, den 9. d. M., Audienzen in Wien zu erteilen geruhen.

— (An der Cholera) sind in Ofen seit 18ten October im ganzen erkrankt 698 Individuen, davon 397 geheilt, 261 gestorben und 40 blieben in Behandlung; in Pest erkrankt 607 Individuen, davon geheilt 175, gestorben 232, und 200 blieben in Behandlung. — Wegen des anhaltenden warmen Wetters ist die Cholera in Penaberg in Zunahme begriffen. Seit 29. November sind 46 Cholerafälle vorgekommen, darunter 17 mit tödlichem Ausgange. Die Gesundheits-Comités werden wieder errichtet.

— (Sauerbrunn.) Im Verlaufe dieses Jahres hat Sauerbrunn 1,002,000 Flaschen versandt, eine Zahl welche bisher noch niemals erreicht wurde.

„Verzeihen Sie mein seltsames Benehmen, mein Fräulein, und so weit ich Sie zu beurtheilen mir erlaube, wird Ihnen das nicht schwer fallen. Denken Sie sich in meine Lage, ich stehe die entsetzlichste Angst um eine Person aus, die mir nahe steht, die ich unendlich liebe und doch mit aller Liebe nicht an mich zu fesseln vermag. Daher mein Forschen, das Ihnen gewiß so unpassend erscheint, wie es in der That ist — ich hoffe, gnädiges Fräulein, Sie sind hinreichend vorurtheilsfrei, um die Verhältnisse in Betracht zu ziehen und ein unbefonnenes Wort nicht meiner Persönlichkeit zur Last zu legen. Leben Sie wohl und entschuldigen Sie mein Benehmen mit der Todesangst des Bruders um eine arme, beklagenswerthe, unglückliche Schwester.“

Lenore stand wie betäubt, und ehe sie ein Wort der Erwiderung fand, war er verschwunden. Er sah nicht mehr, wie sie, unfähig einen Laut über ihre Lippen zu bringen, mit der Hand nach der Stelle deutete, wo die Dame verschwunden war, und mit einem schmerzlichen Stöhnen auf den weichen Rasen niedersank, als er sie verlassen hatte. Er sah auch nicht, wie sie in ein trampfhaftes Schluchzen ausbrach, wie sie vergebens versuchte, ihrer Bewegung Herr zu werden und sich zu sammeln.

Aber endlich sprang sie auf, es war, als sei ein plötzlicher Entschluß über sie gekommen. Hastig trat sie die vom Weinen gerötheten Augen, dann sah sie sich um, als fürchte sie gesehen zu werden und eilte denselben Weg entlang, den die Dame eingeschlagen.

(Fortsetzung folgt.)

— (Vom feierlichen Landtage.) Der Finanzausschuß des steier. Landtages beschloß den Verkauf des landschaftl. Theaters um den Preis von 200,000 fl. mit Beibehaltung der Widmung als Theater.

— (Neuer Bodeßta in Fiume.) Am 2. d. fand die feierliche Installation als Bodeßta des zur Deapartei gehörenden Reichstagsabgeordneten Giotta statt.

— (Die „Südlavische Correspondenz“) zeigt ihr Aufhören mit Ende dieses Monats an.

— (Ueber die österr. Armee) schreibt die „Darmstädter allgemeine Militärzeitung“ vom 16. Novbr. d. J.: „Die neuen Kurse in den verschiedenen Central-Instituten der österreichischen Armee, der Central-Equitation, der Kriegsschule, die Vorlesungen im militär-wissenschaftlichen Verein haben wieder begonnen und werden abermals in ihrem Verlauf und den Ergebnissen den Beweis liefern, daß die österreichische Armee wesentlich und stetig fortschreitet. Die Reorganisationsperiode, welche selbstredend im Beginne das Gefüge lockern mußte, hat culminiert und verwandelt sich mehr und mehr in eine Consolidierungsperiode. Das österreichische Heer zählt und wiegt wieder in Europa, und wer ohne dasselbe rechnet, dürfte schwere Fehler in seinem Calcul begehen.“

— (Ueberschwemmungen in Kärnten.) Infolge der fortwährend andauernden Regengüsse, welche den Schnee auf den Bergen fast vollständig verzehrt haben, sind, wie die „Klagenf. Ztg.“ meldet, die kleinen und großen Gewässer Kärntners so angeschwollen, daß die Gefahr einer Ueberschwemmung zu besorgen ist, wo das Element nicht bereits seine verheerenden Wirkungen geäußert hat. Beträübende Nachrichten liegen bereits heute aus dem Gailthale vor.

Locales.

Krainischer Landtag.

XI. Sitzung.

Karbach, 4. Dezember.

(Schluß.)

Sechster Punkt. Bericht des Petitionsausschusses über das Gesuch an Se. Majestät den Kaiser um Begnadigung von 60 wegen Verbrechens des Aufstandes verurtheilten Ortsinsassen von Studorf und Althammer.

Landeshauptmann Dr. v. Kaltenegger erklärt: Es werde von der gesetzlichen 48stündigen Frist Umgang genommen und in die Verathung eingegangen.

Abg. Dr. Razlag verliest den Bericht und empfiehlt denselben zur Annahme.

Abg. Graf Thurn unterstützt den Antrag, bemerkt aber, daß öftere Gnadenanträge dem Bestande der Rechtsordnung gefährlich seien. Redner betont, daß im vorliegenden Falle wohl besondere Milderungsgründe in die Waagschale fallen, der Irrthum der betreffenden Insassen sei wohl nicht zu entschuldigen, aber immerhin begreiflich. Durch den Strafantritt würde die Familien der Verurtheilten großes Elend treffen. — Der Ausschußantrag wird nahezu einstimmig angenommen.

Siebenter Punkt. Bericht des Finanzausschusses wegen Trennung der Direction von der Verwaltung der Landeswohlthätigkeits-Anstalten.

Abg. Dr. Bleiweis verliest den Bericht.

Abg. Kromer spricht gegen die Trennung.

Die mit der Geldgebarung betraute Verwaltung muß streng überwacht werden, um in Zukunft Unregelmäßigkeiten, Pflichtverletzungen und Defraudationen vorbeugen zu können. Ein so großes Institut bedarf der einheitlichen Leitung. Eine coordinierte Stellung des Directors und Verwalters sei für den Dienst nachtheilig; selbst die Dienerschaft würde bei getrennter Leitung nicht wissen, wem sie untersteht. Ordnung und Pünktlichkeit im Haushalte der Wohlthätigkeits-Anstalten sei nur durch eine einheitliche Leitung des Ganzen zu erzielen; auch die Regierung erkläre sich gegen den Ausschußantrag.

Abg. Dr. Bleiweis erwähnt, daß ähnliche Reorganisirungen in den meisten Provinzen Oesterreichs sich vollziehen, auch in Wien u. zw. dort im Auftrage der hohen Regierung; Redner müsse sich wundern, daß Abgeordneter Kromer dem Antrage des krain. Landesauschusses entgegenstehe.

Die Abgeordneten Kromer und Dr. Bleiweis verteidigen ihre Standpunkte.

Zum Punkte, betreffend die beantragte Ernennung des Directors dieser Wohlthätigkeits-Anstalten durch den Landtag, bemerkt der k. l. Landespräsident Graf Auersperg, daß die Krone auf das ihr zustehende Recht der Ernennung des Directors, dem die Oberaufsicht zusteht, nicht verzichten dürfe.

Abg. Dr. Bleiweis betont, daß dieses Recht an die Landesvertretung übergehen solle. — Die Ausschlußanträge werden hienach in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Achter Punkt. Bericht des Finanzausschusses wegen zeitweiliger Verwendung eines abgesonderten Tractes der Landeszwangsarbeitsanstalt für ruhige Irrennige.

Der k. l. Landespräsident ergreift das Wort, um den Standpunkt der kaiserlichen Regierung zu präcisieren. Die Regierung sei gegen die beantragte

theilweise Veräußerung des Zwangsarbeitshauses durch Irrennige aus sanitären, disciplinären und civilrechtlichen Rücksichten. Die vollständige Abschließung eines Tractes im Zwangsarbeits Hause zur Aufnahme von Irrennigen sei nicht möglich; öfteres Eintreten von Unruhen und gemeinschaftliche Besprechungen der Zwänglinge mit Irren wäre nicht zu verhüten; die Verbindungsmauern der Zellen seien sehr dünn. Auch sprechen Rechtsverhältnisse gegen den Ausschlußantrag, indem die Zwangsarbeitsanstalt ihr Entstehen nicht dem Landesrath, sondern humanen hochherzigen Stiftungen und testamentarischen Verfügungen verdankt. Der k. l. Landespräsident weist hin, daß in den meisten Ländern sich ein großer Mangel an Raum zur Unterbringung der Zwänglinge herausstellt; wenn dieses Bedürfnis auch derzeit in Krain nicht so lebhaft hervortritt, so könne es denn doch in der Zukunft austauschen; überdies wäre die beantragte Adaptierung eines Tractes des Zwangsarbeitshauses zur Aufnahme von Irren mit bedeutenden Auslagen verbunden.

Abg. Dr. Bleiweis bemerkt, daß man diese Frage vor einigen Jahren ganz anders aufgefaßt habe. Redner will die auf einmal eingetretene Wendung nicht näher beleuchten; er schildert den beengten Raum im Irrenhause, welcher zur Aufnahme aller Irrennigen aus dem Lande nicht genüge; auch habe sich der Landes-sanitätsrath für der Ausschlußantrag ausgesprochen; überdies würde der abzuschließende Tract nur provisorisch und längstens auf die Dauer von fünf Jahren zur Unterbringung ruhiger Irrenniger verwendet werden. Redner erinnert an eine Verfügung des h. Ministeriums des Innern im Jahre 1850, als deren Folge ein Theil der Sträflinge aus der Strafanstalt unter Berücksichtigung der vollständigsten Trennung in das Zwangsarbeitshaus versetzt wurde. Dem Redner schwebte das ungleiche Loos der Irren und das Wohl des Landes vor Augen, indem er die Annahme des Ausschlußantrages wärmstens empfehle.

Abg. Kromer spricht gegen den Ausschlußantrag aus sanitären, disciplinären und finanziellen Rücksichten. Die Zwangsarbeitsanstalt gehöre nur für Zwänglinge, ausschließlich nur für diesen Zweck; durch die gleichzeitige Unterbringung von Irrennigen in dem Arbeits Hause würde die Disciplin leiden, denn eine totale Absperrung der Tracte sei unmöglich; überdies würden die Zwänglinge Tag und Nacht durch Irrennige gestört werden, würden sie sich mit letzteren unter einem Dache befinden; auch wäre die Anhaltung der Irren zu Hause besser als im abgeschlossenen Tracte des Zwangsarbeitshauses. Die Adaptierung des Tractes für Irrennige würde wohl auch nicht so billig zu stehen kommen, als es der Ausschluß präliminirt hat. Der Redner beantragt: falls es im hiesigen Irrenhause an Raum gebrähe, seien die Irren in die Irrenanstalt nach Graz zu transportieren, in ein Institut, wo die Irrennigen zweckentsprechend behandelt würden. Redner rath, man solle den zweckentsprechenden und nicht den kostspieligen Weg einschlagen.

Abg. Deschmann tritt für den Ausschlußantrag ein; durch den Raumangel komme die städtische Sicherheitsbehörde nur zu häufig in arge Verlegenheiten, gerathe in eine Zwangslage, aus welcher nur die Annahme des Ausschlußantrages den einzigen Ausweg biete.

Abg. Dr. Bleiweis bemerkt gegen den Antrag Kromer. Der Transport der Irrennigen von Karbach nach Graz werde wohl nicht gar so billig zu stehen kommen; die Auslagen für separates Coups, Transport und Begleitung, Hin- und Rückreise, dürften von der Bahnverwaltung sicher nicht billig berechnet werden.

Abg. Dr. Zarnik bemerkt: Vor einigen Jahren seien beide Parteien im Lande darüber einig gewesen, was der Ausschluß nun beantragte; auffallen müsse es, daß diese Ansichten sich derzeit geändert haben; in maßgebenden Kreisen lasse man sich von persönlichen Ansichten beeinflussen und stimme heute, nachdem der Antrag diesmal von der nationalen Ausschlußmajorität erneuert worden, gegen die Unterbringung einiger Irrennigen im Zwangsarbeits Hause.

Der Landeshauptmann bedauert, daß diese Frage Anlaß zu einigen heftigen Aeußerungen gab.

Abg. Kromer stellt in Abrede, daß sich maßgebende Kreise von Ohrenbläsern leiten lassen; triftige Gründe bestimmen den Redner, gegen den Ausschlußantrag sich zu erklären; auch er habe die Interessen des Landes vor Augen und erkenne in dem Transporte der hier nicht unterzubringenden Irrennigen nach Graz das beste Mittel zur Abhilfe.

Berichterstatter Dr. v. Savinschegg bemerkt: Diese Frage lag auch dem hohen Ministerium vor; der Gegenstand sei klar; da sich die Majorität des Ausschusses für den Antrag VIII erklärte, so empfehle er denselben dem Hause zur Annahme. — Der Bericht sammt Anträgen wird angenommen; gegen denselben stimmten die Abg. Apalstern, Auersperg, Biagaly, Kromer, Kasten, Dr. Suppan; dafür stimmten die Abg. Barbo, Bleiweis, Costa, Deschmann, Grobrihan, Horak, Irnik, Kaltenegger, Koren, Kottnik, Kosler, Kramaritz, Kramar, Murnik, Pinter, Volkmar, Razlag, Franz Rudesch, Karl Rudesch, Savinschegg, V. Supan, Tadolcar, Thurn, Toman, Sagoriz, Zarnik.

Schluß der Sitzung 3 Uhr 15 Minuten nachmittags.

Nächste Sitzung Freitag den 6. Dezember.

(**Humane Spende.**) Herr Joseph Ritter von Savinshoff hat dem krainischen Ausbittelsbeamten-Kranken-Unterstützungsvereine eine Staatsschuldverschreibung pr. 50 fl. gespendet.

(**Lehrerverein.**) Der „krainische Lehrerverein“ hat sich nun constituirt und begann seine Wirksamkeit im Sinne der neuen Schulgesetze. Bei der unlängst stattgefundenen Wahl in die Vereinsleitung wurden gewählt die Herren: v. Gariboldi zum Obmann, Belar zu dessen Stellvertreter, Sima zum Schriftführer, Gpich zum Kassier, Director Groat, Professor Linhart, Musiklehrer Redved, Lehrer Kattelj und Institutsinhaber Waldherr zu Ausschüssen. Die Probenummer der Vereinszeitschrift, welche nach Neujahr monatlich zweimal, und zwar jedesmal einen Bogen stark, herausgegeben werden wird, erscheint am 10. d. Ordentliche Mitglieder des Vereines werden das Vereinsorgan unentgeltlich erhalten.

(**Der erste Sokol-Abend**) in der Winterfaison 1873 wird am Samstag den 7. d. im Glasalon der hiesigen Citalnica stattfinden. Das Programm signalisirt: Militärmusik, Vocal-Chöre und Quartette, Gewinnlotterie, Declamation. Der Reinertrag wird dem Vereine „Narodna sola“ zufließen.

(**Nationalbank.**) Der Monatsausweis der Nationalbank pro November 1872 verzeichnet an escomptierten Wechseln und Effecten folgende Summen: bei der Filiale in Laibach 995.156 fl. 25 kr.; in Klagenfurt 984.519 fl. 55 kr.

(**Aus dem Amtsblatte.**) Concursausweisungen betreffend die Befehung 1. einer Gefangenwachaufsichtsstelle in der hiesigen Männerstrafanstalt; 2. der Lehrerstelle in Egg; 3. der Postmeisterstelle in St. Georgen; 4. der Schullehrerstelle in Unterdeutschau. — Edict betreffend die Richterstelle einer krainischen Landtafelanlage.

(**Beanständete Individuen.**) Markus Remanič aus Tschernembl wurde, wie die „Agr. Ztg.“ erzählt, zu Stubica in Kroatien wegen Bangabundierens aufgegriffen. Ein gewisser P. L. aus Laibach, wiederholt wegen Schwindelens und Geldverpressungen gerichtlich bestraft, versuchte, wie die „Tr. Ztg.“ berichtet, am 3. d. einer in Via del Belvedere wohnhaften Dame Geld zu erpressen. Er wurde durch einen S. W. Inspector festgenommen.

(**Theaterbericht vom 5. d.**) Wir wollen dem Wilbrandtschen Lustspiele „Die Vermählten“ besonderen Reiz nicht absprechen, aber die Action lief nicht flott, nicht lebendig und nicht klappend von Stapel. Von den im Lust- und Schauspielvielfachstigen ersten Kräften ist es nicht zu verlangen, daß sie — bei der seltenen Aufführung von Opern und Operetten, bei dem Mangel acceptabler Rollen — alltäglich rohlautgerüstet ins Treffen ziehen. Wir haben heute eine nicht geringe Anzahl von Symptomen der Gedächtnisschwäche zu registrieren; aber bei dem Mangel eines Abwechslung bietenden Repertoires, in der Erwägung, als dieselben ersten Bühnentrübsen den vorliegenden Stoff unmöglich bewältigen könnten, muß das Publicum Nachsicht üben und sich der Hoffnung hingeben, daß es in kurzem besser werden dürfte; wenn nicht, so werden wir die Theaterzüge in Zukunft noch weniger occupirt sehen, als heute.

Neueste Post.

Best, 5. Dezember. Im Unterhause wurde ein Allerhöchstes Rescript verlesen, womit Szyah zum Ministerpräsidenten ernannt, sämtliche Minister neuerdinas bestätigt und Graf Josef Jach jun. zum Handelsminister ernannt werden. Nachdem sich der Minister dem Hause vorgestellt, erklärte Szyah, das Ministerium werde die bisher eingeschlagene Richtung auch fernerhin befolgen, solange er das Vertrauen der Majorität besitze. Szyah bezeichnet sodann als Berathungsgegenstände noch in der laufenden Session den hauptstädtischen Ge-

Börsenbericht. Wien, 4. Dezember. Die Arrangementschwierigkeiten sind nicht geringer geworden und die Prolongation ist nicht sehr leicht. Dem entsprechend und im Gefühle der Schwere, daß es an Papieren fehle, in welchen eine energische Hauffe in Szene gesetzt wurde. Es waren deren vorhanden, und sind davon in erster Linie Verkehrsbank, Länderbankverein, Südbahn und

segenwurf, die Regelung des Königshofens, die Provinzialisierung der Militärgrenze, dann als Hauptaufgabe, Regelung der Landesfinanzen, kündigt einen Gesetzentwurf betreffs einer neuen Anleihe, sowie betreffs Indemnitäts-ertheilung und Steuerforterhebung für das erste Vierteljahr 1873, ferner Steuerformvorschlüsse an und empfiehlt den Mitgliedern aller politischen Parteien die zur erprießlichen Thätigkeit unentbehrliche Mäßigung und Besonnenheit.

Telegraphischer Wechselkurs

vom 5. Dezember.
Papier = Rente 66. Silber = Rente 70.30. 1860er
Staatsanleihen 102.50. — Bar-Actien 973. — Credit Actien
337.25 — London 108.25. — Silber 107.75. — R. d. Münz-
carten — — Napoleonsd'or 8.68 1/2.

Handel und Volkswirtschaftliches

Der Real-Credit in Krain.

Volkswirtschaftliche Skizze von Gustav Dzimski.

Die autonome Vertretung eines Landes ist vorzugsweise und in erster Linie dazu berufen, in national-ökonomischer Beziehung eine gedeihliche Entwicklung des Landes und resp. der Angehörigen desselben herbeizuführen, und zu diesem Behufe sowohl bestehende als auch eintretende Hindernisse und Störungen des volkswirtschaftlichen Verkehrs zu beseitigen, die Wege zu ebnen und Bahnen zu eröffnen, auf welchen die Vorteile einer gesunden Volkswirtschaft der Bevölkerung zu statten kommen müssen.

Die Landesvertretungen sind daher nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet, dort die Initiative zu ergreifen, wo in der großen volkswirtschaftlichen Kette eines Landes ein Glied derselben schadhaft und daher dessen Ersatz oder Stärkung notwendig geworden ist, denn nur dann, wenn alle Glieder dieser Kette stark und kräftig sind, und ein jedes den an dasselbe gestellten Anforderungen entspricht, kann sich die materielle Wohlfahrt eines Landes heben.

Unter den zahlreichen sozialen Gebrechen ist eines der drückendsten, welchem schon unzählige Familien zum Opfer fielen, die Systemlosigkeit unseres Creditwesens, und eine Folge davon ist die Gefährdung des Realcredits auch in Krain, weshalb es nach meinem Dafürhalten schon lange Aufgabe der Landesvertretung gewesen wäre, den Realcredit, diesen wichtigen Factor der Nationalökonomie, zu sichern und zu regeln und denselben vor allen beeinträchtigenden Einflüssen des in den letzten Jahren zur neuen Thätigkeit erwachten und auf eine ungeahnte Weise entfalteten Associationsgeistes zu schützen.

Die speziellen Ursachen des in Krain gefährdeten Realcredits liegen aber vorzugsweise darin, daß, wie überall, große commercielle und industrielle Institute und Gesellschaften, den zeitgemäßen Anforderungen des Handels und der Industrie Rechnung tragend, auch in Krain Fuß gefaßt haben, diese jedoch das ursprünglich dem Realcredit gewidmet gewesene Privatkapital dieser Bestimmung in einer von Tag zu Tag sich steigenden Höhe entziehen, denn dem Kapitalisten sagt es weit mehr zu, sein Geld als verzinsliche Einlagen bei einem soliden commerciellen Institute anzulegen, und zwar einerseits um dadurch sich stets in der Lage zu befinden, zu jeder beliebigen Zeit über seine Kapitalien disponieren zu können und daselbe vom Tage der Einlage bis zum Tage des Bedarfes verzinst zu haben, andererseits aber um der lästigen Mühe, der Weitläufigkeiten und Unannehmlichkeiten überhoben zu sein, welche mit der hypothekarischen Anlage von Kapitalien verbunden sind und sich überhaupt nicht den üblen Folgen ausweichen, die in den meisten Fällen aus derartigen Kapitalanlagen sowohl bei der Verzinsung, als auch bei der begehrten Rückzahlung des Kapitals entstehen, denn bei eintretender Insolvenz des Schuldners hat der Kapitalist den langen und dornenvollen Weg der Executionsführung zurückzulegen und

schließlich um sein Kapital zu retten, hohles volles ihm nicht convenierende Realität im Executionswege zu stehen.

(Fortsetzung folgt.)

Verlosung.

(1839er Staatslose.) [Schluß.]											
3749	3759	3762	3770	3778	3780	3789	3814	3854	3858	3863	3868
3910	3914	3915	3916	3931	3950	3961	3977	3985	3999	4000	4001
4082	4097	4104	4108	4112	4113	4118	4129	4139	4155	4157	4164
4195	4217	4249	4250	4252	4267	4272	4274	4318	4356	4359	4361
4361	4366	4379	4384	4394	4400	4428	4439	4448	4453	4479	4497
4497	4499	4510	4516	4521	4530	4536	4595	4601	4607	4618	4645
4658	4680	4689	4697	4703	4723	4758	4763	4771	4814	4823	4853
4854	4869	4874	4879	4915	4921	4929	4961	4963	4963	4963	4963
4963	4975	4980	5000	5009	5012	5014	5016	5018	5031	5043	5050
5050	5053	5066	5120	5130	5144	5148	5153	5170	5175	5179	5190
5195	5210	5226	5254	5261	5263	5292	5310	5313	5316	5323	5333
5344	5353	5364	5412	5457	5475	5503	5508	5524	5531	5533	5537
5548	5567	5588	5590	5603	5608	5608	5608	5608	5608	5608	5608
5608	5608	5620	5636	5645	5649	5650	5651	5653	5684	5694	5698
5718	5724	5753	5762	5782	5813	5854	5859	5865	5881	5889	5898
5901	5908	5920	5926	5943	5951	5953	5955	5965	5968	5974	5977
5993											

Schwebende Schuld. Zu Ende November 1872 befand sich laut Kundmachung der Commission zur Controle der Staatsschuld im Umlaufe: an Partialhypothekendarlehen 37,553,789 fl. 50 kr.; an zu Staatsnoten erklärten Ein- und Fünftausendbanknoten 1,728,541 fl. 80 kr., an förmlichen Staatsnoten 372,717,073 fl. im ganzen 411,999,346 fl. 30 kr.

Rudolfswerth, 3. Dezember. Die Durchschnitts-Preise stellten sich auf dem heutigen Markte, wie folgt:

	K.	fr.		K.	fr.
Weizen per Megen	5	80	Butter pr. Pfund	—	—
Rohn	4	40	Eier pr. Stück	—	—
Gerste	4	—	Milch pr. Maß	—	—
Hafer	1	90	Rindfleisch pr. Pfd.	—	—
Malzfrucht	5	—	Kalbsteisch	—	—
Heiden	4	—	Schweinefleisch	—	—
Hirse	—	—	Schöpfenfleisch	—	—
Kukuruz	4	—	Schmalz pr. Stück	—	—
Erbsen	1	50	Leinwand	—	—
Linse	—	—	Seu pr. Centner	—	—
Erbsen	6	40	Stroh	—	—
Hirsol	6	40	Holz, hartes 32", Rst.	6	50
Rindschmalz pr. Pfd.	—	50	— weiches	—	—
Schweinefleisch	—	48	Wein, rother, pr. Eimer	18	—
Speck, frisch	—	34	— weißer	10	—
Saef, geräuchert Pfd.	—	—	Leinsamen per Megen	—	—

Angekommene Fremde.

Am 4. Dezember.

Stadt Wien. Antemius, Reumarkt. — Wivat, Privat, T. fail. — Müller, Berenz, Kiste, Kerl und Breitsching, Wien. — Wolf, Kfm., Prag. — Forkmann, Kassel. **Elefant.** Reich, f. l. Militär-Postbeamte, Birkuz. — Pen- gyl, Kfm., Ranijska. — Cobelli, Pola. — Geyer, Bider. — Geyer, Doll. — Cesare Gentili, Böhm. — Triel. — Ebenberger, Schustermeister, und Benjutti, Kaufmann, Eibiswald. — Schatolla, Wien. — Straber und Frau Brotnit, Sittich. — Jeric, Pfarrer, Hl. Kreuz. — Baron Moschitz, Bösendorf. **Hotel Europa.** Keigel, Wien. **Mohren.** Gintner, Commis, und Wolf, Bindermeister, Trefail. — Deutsch, Böhm., Ulm.

Theater.

Heute: **Doktor Robin.** Lustspiel in 1 Akt nach dem Französischen des Premars von W. Friedrich. Diefem folgt, zum ersten male: **Nur Mutter.** Lustspiel in 2 Aufzügen nach dem Französischen von Alexander Bergen.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach

Dezember	Zeit	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt	Temperatur nach Celsius	Wind	Witterung	Wasserstand in Millimetern
	6 U. Mg.	727.10	+ 7.2	NW. schwach	halbheiter	21.3
5.	2 „ N.	730.30	+ 7.4	NW. schwach	trübe	Regen
	10 „ Ab.	733.17	+ 5.7	O. schwach	Regen	
Morgens 5 Uhr heiter, später Regen. Tagüber meist trübe, abwechselnd Regen. Das Tagesmittel der Wärme + 6.7°, um 6.1° über dem Normale.						

A. Allgemeine Staatsschuld.

Zins	100 fl.	100 fl.
Einheitliche Staatsschuld zu 5 pCt.:		
in Noten verzinst. Mai-November	66 20	66 30
Februar-August	66 20	66 30
Jänner-Juli	70 50	70 60
April-October	70 50	70 60

Loz v. J. 1839		
1854 (4%) zu 250 fl.	96 25	96 75
1860 zu 500 fl.	102 80	103 —
1860 zu 100 fl.	125 —	126 —
1864 zu 100 fl.	145 —	14 50

B. Grundentlastungs-Obligations.

Zins	100 fl.	100 fl.
in Noten verzinst. zu 5 pCt.	95 50	96 —
Salzgen	77 75	78 50
Nieder-Donau	95 —	96 —
Ober-Donau	91 50	92 50
Stiermark	77 25	78 —
Ungarn	91 50	93 —
Ungarn	79 75	80 25

C. Andere öffentliche Anleihen

Donau-Regulierungslose zu 5 pCt.	98 —	98 25
in g. Eisenbahnanleihen zu 120 fl.		
8. B. Silber 5% pr. Stück	100 —	101 —
ung. Prämienanleihen zu 100 fl.		
7. B. 7 1/2% Einzahl. pr. Stück	100 75	101 —

Wiener Communalanleihen, rld. Geld Baare

zahlbar 5 pCt. für 100 fl.	83 70	83 90
D. Actien von Bankanstalten.		
Anglo-östr. Bank	328 —	328 50
Bankverein	389 —	391 —
Boden-Creditanstalt	284 —	286 —
Creditanstalt f. Handel u. Gew.	338 80	339 —
Creditanstalt, allgem. ungar.	141 —	142 —
Depositenbank	134 —	135 —
Escompte-Gesellschaft u. d.	1180 —	1200 —
Franco-östr. Bank	138 —	138 25
Landesbank	814 —	814 50
Nationalbank	975 —	976 —
Unionbank	276 —	277 —
Bereinsbank	204 50	205 —
Bereinsbank	268 —	270 —

E. Actien von Transportunternehmungen.

zahlbar 5 pCt. für 100 fl.	174 50	175 —
Alföld-Günzener Bahn	240 50	241 50
Böhm. Westbahn	233 50	234 50
Donau-Dampfschiff. Gesellsch.	648 —	640 —
Elisabeth-Westbahn	250 —	250 50
Elisabeth-Westbahn (Linz-Don.)	212 —	213 —
weißer Strade	2125 —	2130 —
Ferdinands-Nordbahn	2125 —	2130 —
Graf-Adolph-Bahnen		

F. Pfandbriefe (für 100 fl.)

zahlbar 5 pCt. für 100 fl.	101 —	101 25
Alf. öst. Boden-Credit-Anstalt	101 —	101 25
verlosbar zu 5 pCt. in Silber	84 —	88 25
in 33 J. rld. zu 5 pCt. in d. B.	90 75	91 —
Nationalb. zu 5 pCt. d. B.	86 50	87 —
ung. Bod.-Cred.-Anst. zu 5 1/2 pCt.		

G. Prioritätsobligationen.

zahlbar 5 pCt. für 100 fl.	90 50	91 —
Alf. öst. Bod.-Cred.-Anstalt	101 50	102 —
Ferdinands-Nordb. in Silber verz.	99 85	100 —
Franz-Josephs-Bahn	109 50	100 75
Graf-Adolph-B. d. B. verz. i. Bar.	98 50	98 75
Österr. Nordwestbahn		

H. Privatlose (per Stück).

zahlbar 5 pCt. für 100 fl.	189 50	190 —
Creditanstalt f. Handel u. Gew.	189 50	190 —
zu 100 fl. d. B.	14 50	15 —
Rudolf-Stiftung zu 10 fl.	76 —	76 25

I. Wechsel (3 Mon.) Geld Baare

zahlbar 5 pCt. für 100 fl.	91 40	91 60
Angsburg für 100 fl. Silber B.	91 40	91 60
Frankfurt a. M. 100 fl. detto	80 —	80 —
Hamburg, für 100 Mark Banco	108 85	108 95
London, für 10 Pfund Sterling	42 50	42 65
Paris, für 100 Francs		

J. Münz-Ducaten.

zahlbar 5 pCt. für 100 fl.	8 —	8 1/2
Napoleonsd'or	8 —	8 1/2
Preuß. Cassenscheine	1 —	1 —
Silber	107 —	108 —
Krainische Grundentlastungs-Obligations.		
beimotirung: 85.75	86	86 Baar.